

Schachter, Gustav

Article — Digitized Version

Inflation ohne Kontrollen

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schachter, Gustav (1974) : Inflation ohne Kontrollen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 54, Iss. 7, pp. 367-370

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134708>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Inflation ohne Kontrollen

Gustav Schachter, Boston

Vor dem Jahre 1971 gab es in den USA nur in Kriegszeiten Preiskontrollen. In diesem Jahre wurden derartige Kontrollen jedoch wieder eingeführt. Der Grund war, daß die Preise in den ersten drei Jahren der Nixon-Regierung um 20 % gestiegen waren, stärker als jemals zuvor seit dem Korea-Krieg. In den drei Jahren seit 1971 sind die Preise allerdings noch einmal um 20 % gestiegen, d. h. die Verbraucherpreise wiesen während der ersten und der zweiten Dreijahresperiode der Nixon-Regierung dieselbe Steigerungsrate auf. Anders sieht es bei den Großhandelspreisen aus; während diese zwischen 1968 und 1971 nur um 10 % gestiegen waren, erhöhten sie sich in den letzten drei Jahren sogar um 45 %. Schon aus diesen Zahlen könnte auf einen Mißerfolg der Preiskontrollen geschlossen werden. Allerdings verlief die Entwicklung etwas differenzierter. Dies geht schon daraus hervor, daß der größte Teil der seit August 1971 aufgetretenen Preissteigerungen auf die Jahre 1973 und 1974 entfiel, d. h. auf die Phasen III und IV der Politik der Kontrollen.

Phase der eingefrorenen Preise

Während der sogenannten Phase I, die vom 15. August bis 15. November dauerte, wurden die Preise eingefroren. Diese Phase war von relativem Erfolg gekrönt, da

- die Kontrollen alle Bereiche der Wirtschaft erfaßten,
- die 90tägige Periode für eine Notmaßnahme kurz genug war und
- Regierung, Arbeitgeber und Arbeitnehmer bereit waren, im Interesse langfristiger Preisstabilität ein einmaliges (kurzfristiges) Opfer auf sich zu nehmen.

Doch schon während dieser ersten Phase wurde der Preisstopp von höchsten Staatsbeamten selbst in Frage gestellt: Der Preisstopp behin-

dere das „freie Spiel der Marktkräfte“ und werde Unwirtschaftlichkeit und eine Fehlallokation von Ressourcen nach sich ziehen. Die Politiker, Bürokraten und Ökonomen der Nixon-Regierung gaben also selbst vor dem Hintergrund der von ihnen veranlaßten Kontrollen die (unternehmensorientierte) Philosophie des freien, sich selbst regelnden Marktmechanismus niemals auf, obwohl ein solcher Mechanismus weder in den Vereinigten Staaten noch irgendwo anders jemals existierte. Schon 1970 hatte sich die Regierung aus dieser Einstellung heraus dafür entschieden, von den Vollmachten, die ihr der Kongreß damals zur Stabilisierung der Preise erteilt hatte, keinen Gebrauch zu machen. Um so überraschender kam deshalb die Einführung eines Preisstopps am 15. August 1971 — es war, als hätte sich Ludwig von Mises zum Sozialisten gewandelt.

Begrenzter Erfolg der Phase II

Da die Regierung jedoch immer wieder wissen ließ, daß sie die ergriffenen Kontrollen als systemwidrig ansah, trug die folgende Phase II schon von Anfang negative Züge und wurde bis zu ihrem Ende im Januar 1973 in zunehmendem Maße aufgeweicht. In dieser Phase wurde der allgemeine Preis- und Lohnanstieg auf 5,5 % begrenzt. Eine wirksame Überwachung war jedoch nicht möglich, da die Preiskontrollkommission unzureichend mit Personal und Finanzmitteln ausgestattet wurde und nicht mit anderen Behörden zusammenarbeitete. Trotz aller ungünstigen Faktoren und trotz der negativen Einstellung der Regierung wurde die Phase II zwar kein uneingeschränkter Erfolg, rief aber auch nicht das von der Regie-

Prof. Dr. Gustav Schachter lehrt Wirtschaftswissenschaften am Department of Economics der Northeastern University in Boston, Mass.

rung selbst befürchtete wirtschaftliche Chaos und auch keine Knappheiten hervor.

Der begrenzte Erfolg der Phase II ist hauptsächlich auf die weitgehend unausgelasteten Kapazitäten einer Wirtschaft, die sich gerade von einer Rezession erholte, zurückzuführen. Eine wichtige Rolle spielte aber auch der gute Wille auf seiten der Unternehmer, der Arbeitnehmer und der gesamten Öffentlichkeit, wieder zu einer relativen Geldwertstabilität zurückzukehren. Trotz des relativen Erfolges der Phase II wurde sie von der Regierung als Fehlschlag bezeichnet. Dies geschah zu einer Zeit, als sich die Preissteigerungen trotz eines offensichtlichen expansiven Druckes in der Nähe der von der Regierung festgesetzten Zielmarke einpendelten.

Erosion der Politik

Phase III wurde im Januar 1973 ohne vorherige Warnung eingeführt. In dieser Phase wurden die Kontrollen für alle sinnvollen Größen abgeschafft. Für den Anstieg der Preise, Löhne, Zinsen und Dividenden wurden Empfehlungen anstelle von zwingenden Vorschriften gegeben. Maßhaltappelle ersetzen Regierungserlasse. Angesichts des oligopolistischen amerikanischen Marktes zeugte die Hoffnung auf eine freiwillige Selbstbeschränkung nur von Wunschdenken oder zumindest von Gleichgültigkeit. Die gesetzten Ziele konnten auf diese Weise nicht erreicht werden. Die Inflationsrate verdoppelte sich und versetzte Ökonomen und Politiker in Panik. Daraufhin wurden die Preise eiligst noch einmal für 60 Tage eingefroren. Dieses Mal war die Glaubwürdigkeit der Stabilisierungspolitik jedoch schon zu stark erschüttert. Hinzu kam eine falsche Politik des Landwirtschaftsministeriums, die zu einer Explosion der Nahrungsmittelpreise führte. Diese verstärkte die Skepsis gegenüber den Stabilisierungsmaßnahmen und begünstigte den rapiden Kaufkraftverfall.

Als die Preise für Mineralöl und andere Rohstoffe dieser Entwicklung folgten, ersetzte die Regierung die Phase III im Februar 1974 durch die sogenannte Phase IV, statt zu energischeren Maßnahmen zu greifen. In dieser Phase wurde eine Art von „Nichteinmischungs-Spiel“ getrieben, bei dem fast alle Kontrollen und Richtlinien abge-

schaft wurden. „Die Marktkräfte werden es vielleicht besser machen als die Bürokraten und Elfenbeinturm-Ökonomen“ wurde von den Verfechtern einer Beendigung der Phase III behauptet. Sie mögen insofern recht gehabt haben, als die Phase III aufgrund ihrer Konstruktion gar nicht richtig funktionieren konnte; in Phase IV stiegen die Preise dafür dann noch schneller.

Ursprung der inflationären Entwicklung

Die eingeschlagene Politik der Kontrollen war also im Ansatz richtig. Erschwert wurde sie neben den technischen und politischen Mängeln und Fehlern durch den spezifischen Charakter der inflationären Entwicklung in diesen Jahren. Im Unterschied zu anderen inflationären Perioden in den Vereinigten Staaten läßt sich diese Periode nicht direkt durch einen Nachfragesog charakterisieren, obwohl dieser indirekt eine wichtige Rolle gespielt hat:

Zwischen 1961 und 1968 erlebten die Vereinigten Staaten die größte Expansion nach dem Kriege bei niedrigen Inflationsraten. Zwischen 1966 und 1970 wurde jedoch die Wirtschaft durch die mit dem Vietnam-Krieg verbundenen Ausgaben schwer belastet. Die effektive Gesamtnachfrage stieg also, weil der private Sektor nicht im gleichen Umfang zurückgedrängt wurde. Die Johnson-Regierung schreckte vor Steuererhöhungen zurück, weil sie für die unpopulären Kriegsanstrengungen wenig Unterstützung erwarten konnte. So übernahm die Nixon-Regierung eine Wirtschaft mit einer eingebauten, kriegsbedingten inflationären Lücke. In allen früheren Kriegen waren Kontrollen eingeführt worden, um die private Nachfrage in Grenzen zu halten, weil sonst ein Gleichgewicht wegen der heftigen Konkurrenz zwischen dem privaten und dem öffentlichen Sektor nur bei höheren Preisen zu erreichen ist. Außerdem werden bei hohen Preisen die Importe attraktiver, während die Exporte zurückgehen. Tatsächlich sahen sich die USA 1970 zum ersten Mal in diesem Jahrhundert einem Handelsbilanzdefizit gegenüber.

Diese Ereignisse unterhöhlten die gesamte Wirtschaft, so daß das reale Bruttosozialprodukt 1970 leicht zurückging. Als 1971 die Phase I eingeführt wurde, befand sich die Wirtschaft schon in einem



VEREINSBANK IN HAMBURG

Zentrale: 2 Hamburg 11 · Alter Wall 20-32 · Telefon 36 92-1

ÜBER 60 FILIALEN UND ZWEIGSTELLEN IN HAMBURG, CUXHAVEN, HANNOVER UND KIEL

desolaten Zustand. Dies war einerseits auf die verfehlte Politik der früheren Regierung, andererseits auf die noch nachdrücklichere Fortsetzung derselben Politik durch die neue Regierung zurückzuführen. So löste der Nachfrageüberhang der späten sechziger Jahre die inflationären Kräfte der siebziger Jahre aus; seine vorrangige Bedeutung für die fortschreitende Preisexplosion ging aber allmählich zurück.

Neue Antriebskräfte

Wenn somit nicht die Nachfrage für die Inflation der siebziger Jahre in erster Linie verantwortlich gemacht werden kann, so ist die Ursache entweder im Kostendruck, der durch die Erhöhung der Rohstoffpreise, der Zinsen und Löhne auftreten kann, oder in monopolistischen Praktiken zu suchen. All diese Elemente, mit Ausnahme der Löhne — jedenfalls bisher —, haben für die Verstärkung der Inflation eine wichtige Rolle gespielt und alle Stabilisierungsbemühungen scheitern lassen, ob sie nun richtig oder falsch konzipiert waren.

Einige wichtige Faktoren seien explizit ausgeführt: Seit dem Ersten Weltkrieg — mit Ausnahme der Zeit während des Zweiten Weltkrieges — hatte die amerikanische Landwirtschaft immer wieder Absatzprobleme. Die Ursache ist darin zu sehen, daß die Arbeitsproduktivität schneller zunahm als die Bevölkerung der USA und durch keine entsprechende Auslandsnachfrage nach amerikanischen Agrarprodukten kompensiert wurde. Seit den dreißiger Jahren sind zur Begrenzung der landwirtschaftlichen Produktion die verschiedensten Maßnahmen ergriffen worden, um die Preise auf einem Niveau zu halten, das den Farmern ein ausreichendes Einkommen gewährleistet. Im Jahre 1972 blieb der erwartete 3 1/2%ige Anstieg der Getreideproduktion (den man während des letzten Jahrzehnts erlebt hatte) jedoch aus. Statt dessen sank die Weltproduktion um 3 1/2 %, so daß 7 % weniger Getreide zur Verfügung standen als erwartet.

Preissteigerungen in der Landwirtschaft

Hinzu kam, daß die Sowjetunion in den USA etwa 1 Mrd. Bushels Getreide bestellte. Der Tagespreis für ein Bushel betrug damals 1,60 \$; die US-Regierung erstattete den amerikanischen Landwirten die Differenz in Höhe von ca. 80 Cent. Hierdurch wurde das Getreideproblem in der Welt nicht gelöst, wohl aber die Preise nicht nur in den USA, sondern in der ganzen Welt in die Höhe getrieben. Bis zum Sommer 1973 stieg der Preis für ein Bushel Weizen um das Vierfache auf 6,00 \$, und da Getreide die Grundlage der Viehzucht bildet, schossen auch die amerikanischen Fleischpreise um 50–100 % in die Höhe. Als die Knappheit

schon offensichtlich war, zögerte das US-Landwirtschaftsministerium immer noch, die landwirtschaftliche Anbaufläche zu vergrößern. 1972 standen nämlich die Wahlen vor der Tür, und die Regierung wollte sich mit dieser Politik die Stimmen der Farmer sichern. Folglich stiegen die Preise für die Grundnahrungsmittel Milch und Fleisch um 50–100 %.

Die zweite Inflationsquelle im Rohstoffbereich stellte das Erdöl dar. Schon im Sommer 1972 traten erste Benzinknappheiten auf, und im Winter 1972/73 bestand ein offensichtlicher Mangel an Heizöl. Auch in diesem Bereich fehlte es an einer wirksamen Politik. Im Jahre 1970 kostete ein Barrel Öl aus dem Nahen Osten 1,50–2,00 \$ fob New York. Die inländischen Ölpreise lagen dagegen bei 3,50–4,00 \$. Die Industrie kämpfte daher hart und erfolgreich gegen Importe von Nahost-Öl. Seit 1970 wurde außerdem in den USA keine einzige neue Raffinerie gebaut. Zur Zeit des Nahostkrieges vom Oktober 1973 waren die USA deshalb nur mit 5 % ihres Ölbedarfs von Lieferungen aus dem Nahen Osten abhängig. Um so mehr überraschte die Knappheit im Winter 1973/74, als sich lange Schlangen von Autofahrern vor den Tankstellen stauten. Trotzdem wurden, abgesehen von freiwilligen Beschränkungen, keine Kontrollen eingeführt.

Erhöhung der Ölpreise

Freiwillige Beschränkungen funktionieren aber bekanntlich nicht in einer Welt des Wettbewerbs, schon gar nicht in den Vereinigten Staaten, wo die Menschen auf ihre Kraftfahrzeuge angewiesen sind, um zu ihrer Arbeitsstelle zu gelangen. Nur wenige amerikanische Städte verfügen über ein effizientes öffentliches Verkehrssystem, das sich zudem nicht auf die Vororte erstreckt, in denen die meisten Menschen leben. Da die meisten Amerikaner auf ihr privates Kraftfahrzeug angewiesen sind, um ihren Lebensunterhalt verdienen zu können, ergriffen die Ölkonzerne die durch das arabische Embargo entstandene Gelegenheit, Preiserhöhungen durch Angebotsbeschränkungen durchzusetzen. Obwohl also die USA den weitaus größten Teil ihres Erdölbedarfs aus eigenen Quellen decken (so daß sich die Preiserhöhungen der OPEC-Länder nicht notwendigerweise auswirken mußten), rechtfertigten die Konzerne Preiserhöhungen von 50 % und mehr, indem sie eine künstliche Knappheit erzeugten.

Angesichts der Verknappung griff die Regierung nicht etwa zu Zwangsmaßnahmen, um die Nachfrage einzuschränken (z. B. durch eine Begrenzung des Individualverkehrs auf das unbedingt erforderliche Maß), sondern ließ die Preiserhöhungen zu — getreu ihrer Ideologie, bei höheren

Preisen werde das Öl schon reichlich fließen. Damit verlor die Phase III natürlich den letzten Rest von Substanz.

Durch das Beispiel der Ölkonzerne und der OPEC ermutigt, zogen die Anbieter anderer Rohstoffe nach. Daher wird die gegenwärtige inflationäre Entwicklung von manchen Ökonomen als Rohstoffinflation bezeichnet. Es liegt in der Natur dieses Inflationstyps, daß sie einen „ratchet effect“ auf Zinsen und Löhne ausübt. Die Zinssätze für erste Adressen befinden sich auf einem in Friedenszeiten nie zuvor erreichten Niveau von etwa 11%. Die hohen Kreditkosten führen zu hohen Kapital- und damit Produktionskosten. Dadurch werden kleine und mittlere Unternehmen ausgeschaltet. Die Folgen sind eine höhere sektorale Konzentration und mehr Monopolmacht.

Schuldlose Lohnentwicklung

Allgemeine Übereinstimmung herrscht darüber, daß die inflationäre Entwicklung der letzten Jahre in den USA nicht auf Lohnsteigerungen zurückzuführen ist. In den siebziger Jahren nahmen die Stundenlöhne mit sinkender Rate zu. Zwischen 1970 und 1971 erhöhten sie sich um 7,7%, zwischen 1971 und 1972 (Phase II) aber nur um 6,7%. Im Verlauf der Phase III war ein Anstieg von 6,5% zu verzeichnen. Damit haben die Lohnkosten keine wesentliche Rolle gespielt. Das bedeutet aber, daß die Löhne bis 1974 real gesunken sind. Folglich haben die Kaufkraft und damit die effektive Nachfrage abgenommen, woraus ein Druck auf die Preise hätte resultieren können. Das gilt aber nicht für einen oligopolistischen Markt, auf dem die Preise nicht die Nachfragesituation widerspiegeln müssen (so wurden z. B. während der letzten sechs Monate etwa 20% weniger Autos verkauft; trotzdem stiegen die Preise um mehr als 10%). Andererseits bemüht sich jetzt die unzufriedene Arbeitnehmerschaft, einen Ausgleich für das entgangene Realeinkommen zu erringen. Daher besteht die Gefahr, daß gerade zu diesem Zeitpunkt, an dem die rohstoff- und zinsinduzierte Inflation abzuebben beginnt, eine „wage-push“-Inflation einsetzt. Im Rahmen der Phase IV gibt es aber keinen Mechanismus, der diesen Prozeß verhindern könnte.

Schlußfolgerungen

Preiskontrollen beeinträchtigen per definitione die Marktkräfte und beeinflussen die Allokation der Ressourcen. Auf einem freien Wettbewerbsmarkt mit vollständig elastischem Angebot und ebensolcher Nachfrage wären Preiskontrollen unnötig und Inflationen unmöglich. Die Zahl der möglichen Marktstörungen steigt jedoch mit dem Konzentrationsgrad in einer Wirtschaft. Solche Stö-

rungen können sich in Arbeitslosigkeit sowie in inflationären oder deflationären Prozessen niederschlagen. Unter diesen Bedingungen muß Gewinnmaximierung nicht zur Erreichung des sozialen Wohlfahrtszieles führen. Dies ist auch tatsächlich nicht der Fall.

Mit dem Antritt der jetzigen Regierung im Jahre 1969 wurde diese Weisheit vergessen. An ihrer Stelle trat das alte Smithsche Prinzip, das auf dem Klischee basiert: „Was gut für General Motors ist, ist gut für die USA.“ Die neue Regierung erklärte, daß die Rationierung von Benzin abzulehnen sei, weil eben jeder Markteingriff abzulehnen sei. So trugen denn auch alle Markteingriffe lediglich kosmetischen Charakter, während es ihnen an Substanz fehlte. Da die Regierung deutlich machte, daß sie ihre eigenen Maßnahmen nicht für erfolgversprechend hielt, sank ihre Glaubwürdigkeit in bezug auf die Stabilisierungsmaßnahmen auf den absoluten Nullpunkt. Ein Kongreßausschuß erklärte: „... der fortgesetzte ideologisch begründete Widerstand der Regierung gegen die Kontrollen oder jede andere Art der Einflußnahme auf Preis-Lohn-Entscheidungen hat mit Sicherheit jede Wirkung der Kontrollen auf die Inflation vermindert. Tatsächlich hat ihre Wankelmütigkeit gegenüber den Kontrollen die Planung des privaten Sektors und das Vertrauen in die Regierung ernstlich unterminiert“¹⁾.

Zwar wird anerkannt, daß sowohl das 90tägige Einfrieren als auch die darauf folgende Phase II den Preisanstieg verlangsamt haben. Aber die Beendigung der Phase II gerade zu Beginn der Rohstoffinflation (Weltgetreidekrise) und der Abbruch der Phase III auf dem Höhepunkt dieser Inflation (Energiekrise) machten – zusammen mit falschen oder fehlenden Maßnahmen in Bereichen, die die Kontrollen stark beeinträchtigten – alle Kontrollen zur Farce, wie die heftige Inflation von 1974 gezeigt hat.

Um wirksam zu sein, müssen Kontrollen, vor allem in den Sektoren mit unelastischer Nachfrage, Zwangscharakter tragen. Die Überwachung erfordert eine große Organisation und ist mit hohen Kosten verbunden. Die Wahlmöglichkeit besteht darin, entweder diese Kosten und eine weitere Ausbreitung der Bürokratie auf sich zu nehmen oder aber zweistellige Inflationsraten zuzulassen und so noch stärkere Verzerrungen in den Markt zu bringen. Das Argument, Brasilien habe bei gleichzeitiger galoppierender Inflation ein stetiges Wachstum erlebt, allerdings um den Preis einer sehr ungleichen Einkommensverteilung, gilt nicht für die USA. Sie können sich eine derartige Entwicklung als Weltmacht und Inhaber einer Schlüsselwährung nicht leisten.

¹⁾ U. S. Congress Joint Economic Report, March 25, 1974, S. 37–38.